



# WID - Kompakt Nr. 17/44

1. **Fahrbahnmarkierungen und Leitpfosten**
  2. **Kohlenmonoxid-Warmmelder in Shisha-Bars**
  3. **Barrierefreie Arztpraxen**
  4. **Einstellung von Lehrkräften an Schulen**
  5. **Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse**
- 

## 1. Fahrbahnmarkierungen und Leitpfosten

Fahrbahnmarkierungen und Leitpfosten an Bundes- und Landesstraßen werden mindestens einmal wöchentlich auf ihren Zustand hin kontrolliert. Dies teilt die Landesregierung in Beantwortung einer Kleinen Anfrage mit ([Drs. 17/5027](#)). Bei Bundes- und Landesstraßen mit einer täglichen Verkehrsstärke bis 16 000 Fahrzeugen werde eine Kontrolle zweimal pro Woche angestrebt, so die Landesregierung. Bei hochbelasteten Bundes- und Landesstraßen mit einem Verkehrsaufkommen über 16 000 Fahrzeugen pro Tag erfolge dies dreimal pro Woche.

Der Austausch oder die Erneuerung beschädigter sowie fehlender Leitpfosten erfolge in der Regel kurzfristig im Rahmen der Streckenkontrolle innerhalb einer Woche. Sei das erforderliche Material nicht vorrätig, könne dies in Ausnahmefällen etwa vier Wochen dauern. Bei der Fahrbahnmarkierung würden die erneuerungsbedürftigen Streckenabschnitte am jeweiligen Jahresbeginn erfasst und ausgeschrieben. Die Umsetzung erfolge dann in der Regel bis zum 31. Oktober des gleichen Jahres.

Die Kosten für die Instandhaltung von Leitpfosten betragen im Jahr 2016 rund 1,75 Mio. Euro. Für die Unterhaltung und Erneuerung von Fahrbahnmarkierungen auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen beliefen sich die Kosten im selben Zeitraum auf 6,0 Mio. Euro.

## 2. Kohlenmonoxid-Warmmelder in Shisha-Bars

Gastronomische Betriebe mit Shisha-Angebot müssen über funktionstüchtige Kohlenmonoxid-Warmmelder für alle Räume, die dem Shisha-Rauchen dienen, verfügen. Dies teilt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage mit ([Drs. 17/5043](#)).

Hintergrund ist ein Vorfall in Kaiserslautern am 9. Dezember 2017. Eine 18-jährige Besucherin war in einer Shisha-Bar ohnmächtig geworden und ins Krankenhaus gebracht worden. Im Innenraum der Bar wurden erhöhte Kohlenmonoxid-Werte gemessen. Die Ermittlungen zur Ursache des Vorfalls dauerten noch an, so die Landesregierung. Dem Betreiber der Bar sei der Konsum von Shishas aller Art in der Gaststätte noch in der Nacht des Vorfalls behördlich untersagt worden.

Soweit bei den im Januar/Februar 2017 durchgeführten Kontrollen von Shisha-Bars in Trier Überschreitungen des arbeitsschutzrechtlich vorgegebenen Grenzwerts festgestellt worden seien, hätten die fachlich zuständigen Behörden den Betreibern aufgegeben, durch technische Maßnahmen für eine ordnungsgemäße Belüftung der Räume Sorge zu tragen. Die Funktionstüchtigkeit der aufgegebenen technischen Maßnahmen sei im November/Dezember 2017 behördlich kontrolliert worden.

## 3. Barrierefreie Arztpraxen

Im Jahr 2017 sind nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung von insgesamt 5 409 Praxen in Rheinland-Pfalz 29,4 Prozent barrierefrei. Am höchsten ist der barrierefreie Arztpraxenanteil bei den Transfusionsmedizinerinnen (50 Prozent), gefolgt von den Physikalischen- und Rehabilitations-Medizinerinnen (48,5 Prozent), den Orthopäden (45,8 Prozent) und den Kinder- und Jugendpsychiatern (42,9 Prozent). Bei den Psychotherapeutischen Praxen liegt der Anteil dagegen nur bei circa 15 Prozent, in

Praxen Psychologischer Psychotherapeuten im Bereich Kinder und Jugend beträgt er 10 Prozent. Dies geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage hervor (Drs. 17/5089).

Die Landesregierung führt nach eigenen Angaben den Dialog mit den Verbänden der mittelbaren Selbstverwaltung des Gesundheitswesens und deren Kammern sowie den Vertretungen von Menschen mit Behinderungen fort, um eine entsprechende **(Ziel-) Vereinbarung zur Barrierefreiheit** zu erreichen. Diese konzentrierte sich auf den **baulichen Bestand** von nicht barrierefreien Arztpraxen und Einrichtungen des Gesundheitswesens, so die Landesregierung. Denn bei Neubauten oder wesentlichen baulichen Veränderungen sei die Verpflichtung zur Barrierefreiheit bereits in der Landesbauordnung geregelt. Nicht absehbar sei die konkrete Ausgestaltung der Vereinbarung, entweder im Wege einer freiwilligen Selbstverpflichtung oder verbunden mit einer Förderung. Weiterhin solle über die bauliche Barrierefreiheit hinaus auch die **kommunikative Barrierefreiheit** mit in den Blick genommen werden, sodass auch Menschen mit sensorischen Behinderungen und Lernbehinderungen von der Zielvereinbarung profitieren könnten.

#### 4. Einstellung von Lehrkräften an Schulen

Zur Einstellungssituation im rheinland-pfälzischen Schuldienst gibt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage Auskunft (Drs. 17/5072). Danach wurden im Schuljahr 2017/2018 insgesamt **952 Lehrerinnen und Lehrer** an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen eingestellt.

Zum 31. Januar 2018 beenden voraussichtlich insgesamt 537 Anwärtinnen und Anwärter den Vorbereitungsdienst für die Lehrämter an allgemeinbildenden Schulen, so die Landesregierung. Zum Einstellungstermin am 1. Februar eines jeden Jahres könnten seitens der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion alle freien bzw. frei gewordenen Stellen in eigener Zuständigkeit nachbesetzt werden. Zusätzlich würden den Grundschulen 100 Planstellen im Vertretungspool für längerfristige Vertretungseinsätze zur Verfügung gestellt. Bei den Einstellungen würden Lehrkräfte berücksichtigt, die ihren Vorbereitungsdienst zum 31. Januar 2018 beenden, aber auch solche, die sich bereits früher beworben haben.

#### 5. Berichtsträge für die Landtagsausschüsse

Unter anderem stehen die nachfolgenden Anträge zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse an:

- Die **Tendenzen zu einem restriktiveren Umgang mit alkoholischen Getränken innerhalb der EU-Kommission** sind Gegenstand eines Berichts-antrags der Fraktion der SPD für den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau (Vorlage 17/2537). Innerhalb der EU-Kommission gebe es immer wieder Bestrebungen, restriktiver gegen alkoholische Getränke vorzugehen und zum Beispiel die Weinwerbung strenger zu reglementieren, so die Fraktion. Sollten EU-weit gültige Einschränkungen beschlossen werden, habe dies auch Auswirkungen auf die rheinland-pfälzische Weinwirtschaft.
- Einen Bericht der Landesregierung zu dem Thema „**Afrikanische Schweinepest**“ beantragt die Fraktion der CDU für den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau (Vorlage 17/2501). Zur Begründung führt die Fraktion an, dass die Landesregierung aus Sorge vor einer Ausbreitung der Tierseuche von den Jägern eine verstärkte Jagd auf Wildschweine fordere. Die Fraktion fragt danach, welche Strategie die Landesregierung entwickelt hat, um eine verstärkte Jagd auf Wildschweine voranzutreiben und wie sie die Jäger dabei unterstützt. Zudem möchte sie in Erfahrung bringen, inwieweit das Aufheben des Verbots von Nachtzielgeräten zu einer effektiveren Jagd beitragen könnte.
- Das Thema „**Online-Wachen in Rheinland-Pfalz**“ ist Gegenstand eines Berichts-antrags der Fraktion der AfD im Innenausschuss (Vorlage 17/2514). Die Landesregierung habe Anfang Mai 2017 angekündigt, dass die Einrichtung sogenannter „Online-Wachen“ in Rheinland-Pfalz geplant sei, so die Fraktion. Dadurch solle die zeit- und ortsunabhängig Erstellung von Anzeigen im Internet ermöglicht werden. Hierzu beantragt die Fraktion einen Bericht der Landesregierung.

- Ein Berichts Antrag der Fraktion der FDP zu dem Thema „**Anrufe durch falsche Polizisten**“ wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Innenausschusses behandelt (Vorlage 17/2512). In der jüngeren Vergangenheit sei vermehrt über Anrufe bei Seniorinnen und Senioren berichtet worden, wobei die Anrufer vorspiegelten, Polizeibeamte zu sein, so die Fraktion. Die Anrufer hätten versucht, Informationen über Bankverbindungen oder vorhandene Wertsachen zu erlangen. Zu vermuten sei, dass die so erlangten Informationen zur Vorbereitung von Diebstählen und Betrugsfällen wie beispielsweise dem „Enkeltrick“ dienen sollten. Zum aktuellen Sachstand beantragt die Fraktion einen Bericht der Landesregierung.
- Das von dem Bundesamt für Naturschutz geförderte Projekt „**Steillagenweinbau schafft Vielfalt - Das Moselprojekt**“ des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Nassau e.V. ist Gegenstand eines Berichts antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau (Vorlage 17/2521). Das Projekt solle beispielhaft Maßnahmen entwickeln, die zum Erhalt der biologischen Vielfalt im Weinbau beitragen, so die Fraktion. Darüber hinaus solle es einen Beitrag zur Entwicklung des Tourismus leisten. Die Fraktion beantragt einen Bericht der Landesregierung dazu, was bisher in diesem Projekt erreicht wurde und welche Maßnahmen bis zum Projektende in 2020 noch realisiert werden sollen. Zudem möchte die Fraktion wissen, wie die Landesregierung dazu beitragen kann, in diesem Projekt erarbeitete Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft flächendeckend einzuführen.